



DGB-Kundgebung 13.11.2010, Stuttgart

Rede der Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Doro Moritz

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Eltern, liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Bürgerinnen und Bürger,

Deutschland ist in Schieflage!
Die Proteste der vergangenen Wochen und Monate zeigen, dass die Menschen im Land
und bei uns im tiefen Süden aufgewacht sind.

Wir brauchen einen Kurswechsel, nicht nur in der Bundespolitik. Wir brauchen ihn auch
in der Landespolitik. Und wir brauchen, für diese Forderung stehe ich hier als Vorsitzende
der GEW, einen Kurswechsel in der Bildungspolitik!

Als Bildungsgewerkschaft haben wir doppelten Grund, heute hier zu sein:

Wir stehen hier für die Forderung nach Chancengleichheit und bestmögliche Förderung
aller Kinder und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund!

Wir stehen hier für die Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen, für eine gute und
gerechte Bezahlung der Beschäftigten an Schulen, Kindertagesstätten, Hochschulen und in
der Weiterbildung!

Viereinhalb Monate vor den Landtagswahlen stelle ich fest: Davon sind wir meilenweit
entfernt! Die Landesregierung kann eben nicht alles – was sie gar nicht kann, ist eine gute
Bildungspolitik!

Nicht nur die Gewerkschaften werfen den Regierungen Versagen in der Bildungspolitik vor.
In dieser Woche haben die „Wirtschaftsweisen“ eine Bildungsoffensive als Grundlage für
einen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung verlangt. Sie stellen fest: Das allgemeine
Bildungsniveau in Deutschland, welches im internationalen Vergleich nur mittelmäßig
abschneidet, müsse angehoben werden. Dazu müsse Chancengleichheit für Kinder und
Jugendliche aus bildungsfernen Schichten hergestellt werden, die heute bei gleicher
Intelligenz viel seltener (4x) einen höheren Abschluss erreichen als Söhne und Töchter von
Bildungsbürgern.

Sie haben Recht, die „Wirtschaftsweisen“! Sie fordern das ein, was in Artikel 11 unserer
Landesverfassung steht:

„Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht
auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Das öffentliche
Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.“ Die Realität sieht anders aus:

- Die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft ist in Baden-Württemberg im internationalen und im bundesrepublikanischen Vergleich inakzeptabel und überdurchschnittlich hoch.
- Eltern sind unzufrieden mit der Qualität schulischer Bildung.
- Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen klagen ebenso wie Erzieher/innen über unzureichende Rahmenbedingungen ihrer Arbeit und Überforderung.
- Jungen Leuten wird vorgehalten, man könne das Bildungssystem nicht besser ausstatten, weil kein Geld da sei und – das ist der Gipfel, weil sich der Staat im Interesse der nachfolgenden Generation nicht weiter verschulden dürfe.

Das Gegenteil ist der Fall: Die politisch Verantwortlichen in unserer Gesellschaft blockieren bewusst die Zukunft, wenn sie den Kindern, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen das Recht auf bestmögliche Bildung vorenthalten! Sie verweigern einem Fünftel der jungen Menschen – das sind die Zahlen aus der PISA-Studie - die Grundlagen für ein selbst bestimmtes Leben in sozialer Verantwortung! Sie verhindern, dass diese jungen Menschen im beruflichen und privaten Bereich ihren Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unseres Landes leisten können und kürzen ihnen dafür die Sozialleistungen.

Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus!

Die Frage, was in diesem Land finanzierbar ist, hängt ganz allein vom politischen Willen der Regierenden ab. Während ein Bahnprojekt immense Summen zur Verfügung gestellt werden, versagten die politisch Verantwortlichen kläglich bei dem Versuch, im Rahmen des bundesweiten Bildungsgipfels bis zum Jahr 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Armutszeugnis für die politisch Verantwortlichen in der Bildungsrepublik und im Kinderland!

Wie sieht es mit der Bildungspolitik unserer Landesregierung aus:

Aktionismus und Projektitis soll den Eindruck permanenten Bemühens um Verbesserungen signalisieren. Erfolgreich ist diese Politik nicht. Der designierte Ministerpräsident hatte das im Herbst vergangenen Jahres erkannt, aber die falschen Konsequenzen gezogen. Anstelle einer grundlegenden Veränderung der Bildungspolitik setzte er auf Öffentlichkeitsarbeit und startete eine schicke Mappus-Show:

Wir brauchen keine Politiker, die statt Krankheitsvertretungen an Schulen zwei Millionen Euro für Hochglanzbroschüren und ganzseitige Zeitungsanzeigen finanzieren und das Geld für zentrale Lehrer-Fortbildung von 7,2 auf 6 Millionen kürzen!

Ich habe beim Amtsantritt von Kultusministerin Schick eine klare Ansage gemacht: Die Schulen haben die plakative Schaufenster-Bildungspolitik satt. Sie wollen endlich konsequente Unterstützung im Schulalltag!

„Früh investieren statt spät reparieren!“ Diese klare bildungspolitische Forderung der GEW hat die neue Kultusministerin Marion Schick verbal übernommen. Entsprechende Maßnahmen sind nicht sichtbar - weder in der frühkindlichen Bildung noch in der Grundschule. Dabei wissen wir: Jeder in die frühkindliche Bildung investierte Euro bringt eine vierfache Rendite.

Herr Mappus, mit dieser Politik machen Sie das Kinderland zum Hinterland!

Für die GEW ist klar, wie der bildungspolitische Kurswechsel aussehen muss:

- Kleine Kinder – kleine Gruppen statt: kleine Kinder – kleines Gehalt!
Die pädagogische Arbeit mit kleinen Kindern ist MehrWert! Deshalb müssen Erzieher/innen besser ausgebildet und besser bezahlt werden und mehr Zeit für die Kinder bekommen!
- Nur noch 17 Länder in Europa sortieren die Kinder im Alter von 10 Jahren auf verschiedene Schularten, 16 davon liegen in Deutschland. Es muss endlich Schluss sein mit dem Sortieren von Kindern in verschiedene Schubladen!
- Wir brauchen keine verlängerte Halbtagschule mit Ehrenamtlichen. Wir brauchen Ganztagschulen mit pädagogischen Profis. Dazu gehören vor allem auch Schulsozialarbeiter/innen!
- Wir brauchen keine weiteren Tests, sondern mehr Zeit für Kinder und Jugendliche und vor allem Förderkonzepte!
- Wir brauchen kein Elite-BaföG und keine Studiengebühren!
- Wir brauchen zusätzliche Lehrer/innen, um endlich den großen Mangel an den Sonderschulen, Beruflichen Schulen und allen anderen Schularten abzubauen zu können! Es ist eine Schande, dass die Unterrichtsversorgung heute schlechter ist als vor 25 Jahren! Überlegungen zu Stellenabbau aufgrund des Schülerrückgangs erteilen wir eine klare Absage!
- Es muss endlich Schluss sein mit der Benachteiligung angestellter Lehrkräfte. In der anstehenden Tarifrunde muss der Eingruppierungstarifvertrag abgeschlossen werden!
- Schluss mit den prekären Beschäftigungsverhältnissen in der Weiterbildung und an Hochschulen!
- Es muss Schluss sein damit, den Landeshaushalt auf Kosten der Landesbeschäftigten zu sanieren, das sind überwiegend Lehrer/innen!
- Wir lehnen die Rente und Pension mit 67 ebenso ab wie die neuesten Überlegungen von Finanzminister Stächele, der die Beihilfe und Versorgung kürzen will.
- Auf 1.000 Schüler/innen kommen in Deutschland 63 pädagogische Fachkräfte. In der EU sind es 91, im OECD-Durchschnitt 86. Wie der VFB Stuttgart wollen wir mit Deutschland und dem Musterländle Baden-Württemberg endlich die Abstiegsränge verlassen. Wir wollen auch in der Bildungspolitik in der Champions League spielen!

Ich stelle fest: Die Bildungspolitik im Land zementiert die soziale Ungerechtigkeit.

Das ist ungerecht und unsolidarisch! Deshalb sind wir heute hier!

Und darüber werden wir am 27. März abstimmen!